



**Protokoll
der ausserordentlichen
Synodeversammlung
vom 27. November 2007**

32. Amtsdauer, 3. Sitzung

Rathaus Zürich



**Protokoll
der ausserordentlichen
Synodeversammlung
vom 27. November 2007**

32. Amtsdauer, 3. Sitzung

Rathaus Zürich

Traktanden

1.

Mitteilungen

2.

Fortsetzung der Verhandlungen vom 20. November 2007

8. Neue Trägerschaft des Kirchenboten – Antrag und Bericht des Kirchenrates – Berichterstattung und Antragstellung der vorberatenden Kommission

3.

Wahl von sechs Delegierten der Kirchensynode als Mitglieder des Trägervereins Kirchenbote

4.

Postulat von Martin Weibel, Zürich-Altstetten, und Mitunterzeichnenden betreffend Pluralität

5.

Postulat von Hans Ulrich Schwarzenbach, Mettmenstetten, betreffend Bauherren-Fachstelle

Register

Vormittagssitzung	7
Präsenzkontrolle	7
Traktandenliste	8
Mitteilungen	10
Fortsetzung der Verhandlungen vom 20. November 2007	13
Neue Trägerschaft des Kirchenboten – Antrag und Bericht des Kirchenrates – Berichterstattung und Antragstellung der vorbereitenden Kommission	13
Wahl von sechs Delegierten der Kirchensynode als Mitglieder des Trägervereins Kirchenbote	24
Postulat von Martin Weibel, Zürich-Altstetten, und Mitunterzeichnenden betreffend Pluralität	35
Postulat von Hans Ulrich Schwarzenbach, Mettmenstetten, betreffend Bauherren-Fachstelle	38
Anhang	40

Vormittagssitzung

Präsident Peter *Würmli* begrüsst alle Anwesenden herzlich zur ausserordentlichen Synodeversammlung im Rathaus. Die Synodalen singen gemeinsam das Lied 843 «Vertraut den neuen Wegen».

Präsident Peter *Würmli* betet mit Versen aus dem Lied 701:

«Herr, du unser Gott.

Wir sind dein Eigentum,

wir sind in deinen Händen:

Wir trauen deiner Macht an allen Enden.

Wir sind in grossem Kampf,

wir sind in grossem Frieden.

Vergebung unsrer Schuld

ist uns beschieden.

Wir irren jeden Tag,

wir zweifeln und wir sorgen,

und dennoch bleibt das Herz

in dir geborgen.

Wir sind in deiner Hand,

wir sind von dir umgeben.

O Gott, wir danken dir für dieses Leben.

Sei du jetzt hier mitten unter uns mit deinem Geist und leite unsere

Versammlung und deine Kirche dahin, wo du uns willst und

brauchst.

Gelobt seist du, Gott, durch Jesus Christus unseren Herrn.

Amen»

Präsident Peter *Würmli* erklärt die Versammlung für eröffnet.

Präsenzkontrolle

Abwesend sind 26 Synodale:

Aeppli Hans-Martin, Oberwinterthur / *Bachmann* Alfred, Bubikon / *Baumann-Neuhaus* Eva, Winterthur-Seen / *Beck* Beat, Winterthur-Stadt / *Blöchli*ger Pamela, Zürich-Wipkingen / *Brechbühl* Marianne, Maschwanden / *Brühlmann* Hansulrich, Wädenswil / *Bühler* Pierre, Fakultätsvertreter / *Bürgin* Markus, Rorbas / *Diethelm* Roland, Zürich-

Aussersihl / *Graf* Dieter, Richterswil / *Hanselmann* Willi, Embrach / *Hegnauer* Anneliese, Zürich-Schwamendingen / *Hess* Silvia, Wald / *Hirzel* Conrad, Dübendorf / *Jucker* Elsbeth, Seegräben / *Keller* Albert, Uitikon / *Kupferschmid* Anne-Marie, Zürich-Wollishofen / *Lang* Christoph, Rickenbach / *Muggli* Thomas, Bubikon / *Postolka* Heinz, Birrmenndorf / *Rieser* Ewald, Zürich-Seebach / *Schärer* Martin, Regensberg / *Schertenleib* Rolf, Dübendorf / *Steiner* Angelika, Zürich-Oberstrass / *Stüssi* Fritz, Weiningen.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird stillschweigend *genehmigt*.

Marco *Petrucci*, Bassersdorf, leistet das Amtsgelübde.

Präsident Peter *Würmli* wurde vor einiger Zeit von einem Mitglied des ökumenischen Begleitprogramms Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) in Palästina und Israel angefragt, ob ein Freiwilliger des Programms einmal in der Kirchensynode über seine Tätigkeit im Nahen Osten berichten dürfte. Dieses Programm von Peace Watch wird von den grossen Hilfsorganisationen HEKS, Mission 21, Caritas sowie zahlreichen Landeskirchen und Kirchgemeinden und vom EDA unterstützt. Diese Woche findet am Hirschengraben 50 eine Veranstaltung unter dem Titel «Geteiltes Land – geteiltes Leid» zum gleichen Thema statt. Präsident Peter Würmli stellt Pfarrer Edi Aerni, Widen/Mutschellen, vor, der über seine Erlebnisse berichtet.

Edi *Aerni* freut sich, über die Arbeit von Peace Watch und EAPPI berichten zu dürfen. Als Pfarrer auf dem Mutschellen im Aargau bekam er nach acht Jahren eine Weiterbildung von 14 Wochen zugesprochen. Diese Zeit nutzte er für einen Einsatz in Palästina. Er lernte die Arbeit von Peace Watch vor drei Jahren in einer Pfarrer-Weiterbildung «Theologie und Menschenrechte im palästinensischen Kontext» kennen, die von der OeME Bern organisiert worden war. Er hörte dort von der Arbeit von EAPPI, was ihn dazu brachte, vom Sommer 2006 bis im Herbst 2006 nach Palästina zu gehen. In der Schweiz ist es Peace Watch, die diese Aufenthalte vorbereitet. Peace Watch ist nicht kirchlich, aber es wird getragen von den kirchlichen Werken. Peace Watch hat noch zwei

andere Standbeine, nämlich Guatemala und Chiapas, Mexiko. Pfarrer Aerni und weitere Freiwillige wurden im Januar 2006 in der Schweiz während knapp zwei Wochen vorbereitet und gingen dann im Juni nach Palästina. Dort kommt das Programm von EAPPI zum Tragen, dies bedeutet, sowohl nach Palästina als auch nach Israel hin offen zu sein. Das Hauptanliegen ist es, der palästinensischen Zivilbevölkerung zur Seite zu stehen. Ein Leitmotiv von Peace Watch ist «sehen und gesehen werden». Internationale Präsenz verhindert Gewaltübergriffe auf die Zivilbevölkerung in Krisengebieten. Das Programm in Jerusalem ist getragen vom Ökumenischen Rat der Kirchen, das Programm EAPPI ist ins Leben gerufen worden auf Anfrage von Christen vor Ort. In Jerusalem wurde deutlich, dass es sich um ein kirchliches Programm handelt, man arbeitete eng mit Kirchen in Jerusalem, palästinensischen Christen zusammen. EAPPI ist so organisiert, dass es sechs Standorte gibt, fünf in der Westbank, der sechste in Jerusalem. In der Westbank hiess es, in drei- oder vierköpfigen Gruppen präsent zu sein an heiklen Stellen. Er selber war in Hebron, einer geteilten Stadt. Eine Gruppe von Siedlern nistete sich im Herzen der Stadt ein. Als Sicherheit für diese Siedler ist ein Teil der Stadt zur Sperrzone erklärt worden, was für die Palästinenser das Leben ziemlich schwierig macht. Ein Schulweg führt durch die jüdischen Siedlungen, da gibt es oft Zusammenstösse. Die Mädchen, die zur Schule gehen, werden von den Siedlerkindern angegriffen. Die internationale Präsenz ermöglicht es, über die Hotline die Polizei oder das Militär zu rufen, damit die Situation entschärft werden kann. An andern Standorten hatte man mehr mit Landwirtschaft zu tun, man markierte Präsenz an den Checkpoints oder begleitete Patienten hindurch. Die Mauer innerhalb der Westbank, die verhindern soll, dass Palästinenser weiterhin frei nach Israel gehen können, hat grosse Terminals, wo Kontrollen stattfinden. Palästinenser haben grosse Schwierigkeiten, wenn sie stundenlang auf die Erlaubnis zum Passieren warten müssen. Pfarrer Aerni empfand sich oft als störend, vor allem, wenn er mit den Siedlern zu tun hatte. Nach der Rückkehr merkte er, dass sein Herz für die Schwächeren schlägt. Den zweiten Teil seines Arbeitsaufenthalts leistete er in Jerusalem. Hier arbeitete er intensiv mit israelischen Menschenrechtsgruppen und Christen zusammen. Dies war weniger herzlich, dafür sehr informativ. Bei den Palästinensern ist die Gastfreundschaft ungeheuer gross. Christen sind in Bethlehem und in Jerusalem eine Minderheit, sie stehen unter Druck. Dies war ihm vorher nicht bewusst. Er ist belastet zurückgekommen.

Hans *Neuhaus*, Wetzikon, dankt dem Gast für seine Ausführungen, aber er ist ungehalten, weil von der Mauer die Rede ist. Es handelt sich um einen Zaun, der die beiden Völker trennt. Er möchte keine Debatte Palästinenser contra Israeli entfachen, sondern gegen die Einseitigkeit Protest einlegen.

Edi *Aerni* bestätigt, eine Mauer gebe es nur in dichter bewohnten Gebieten rund um Jerusalem. Sonst ist es eine Sperranlage, ein Elektrozaun mit Sandstreifen. Die Emotionen und die Einseitigkeit bestreitet er nicht. Er hat mitgelitten, deshalb ist er nicht mehr neutral.

Peter *Schmid*, Bärenswil, fragt, ob Ansätze zur Mässigung unter den Siedlern festgestellt werden können.

Laut Edi *Aerni* gab es im Programm eine Israelwoche, die es den Freiwilligen ermöglichte, mit Siedlern zusammen zu kommen. Man lernte auch ihre Leidensgeschichte, die Opfer auf ihrer Seite kennen, und versteht, warum sie so fühlen. Anzeichen für Entspannung gibt es nicht.

Traktandum 1

Mitteilungen

Präsident Peter *Würmli* hat vier Mitteilungen zu machen:

1. Die Blumen auf dem Rathaustisch werden herzlich verdankt.
2. In der ordentlichen Juni-Synode wurde eine Kopie der Petition an die Kirchensynode betreffend Fristenlösung verteilt, die Hansruedi Elsener, Uster, mit Datum vom 26. März 2007 eingereicht hatte. Das Büro legte die Petition dem Kirchenrat zur Stellungnahme vor. Aufgrund einer wohl begründeten ablehnenden Stellungnahme des Kirchenrates erklärte das Büro die Petition als abgeschrieben und teilte dies Herrn Elsener mit. Ein Ende September eingereichtes Wiedererwägungsgesuch stiess, wie die Petition selber, im Büro auf Verständnis, doch man ist dort der Meinung, dass die Kirchensynode prinzipiell erst auf einen allfälligen parlamentarischen Vorstoss eines Mitglieds oder einer Fraktion der Kirchensynode in Form einer Motion oder eines Resolutionsentwurfs in dieser Sache aktiv werden sollte. Das Büro teilte dies Herrn Elsener schriftlich mit.

3. Bei der Vorstellung des neuen Synodalen Roland Peter wurde dessen Beruf mit Geschäftsführer WWF angegeben. Roland Peter möchte präzisiert haben, dass er nicht Geschäftsführer von WWF Schweiz, sondern von WWF Bodensee/Thurgau ist.

4. Der Präsident macht auf eine Filmvorführung mit anschliessendem Podiumsgespräch aufmerksam. «Hello, good bye» wird heute Abend im Kino Plaza 1 gezeigt. Die Veranstaltung steht unter dem Titel «Der Zeitpunkt des Todes – unsere Sache?». Bei der Diskussion wirken die Ethikerin Ruth Baumann-Hölzle, die Ärztin Regina Lüthi und der Filmregisseur Stefan Jäger mit, ausserdem ein Freitodbegleiter. Matthias Herren wird moderieren. Der Kirchenbote und der Kirchenrat laden zu dieser Veranstaltung ein.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* spricht zum Thema «Kirche 08 – Räume öffnen». Unter diesem Motto steht die Arbeit der reformierten, katholischen und christkatholischen Kirche im Kanton Zürich im Zusammenhang mit der Euro 08. Es geht nicht um Teambegleitungen oder sogar Übertragungen in Kirchen, wie es die Presse vor einem Jahr in Betracht zog. Es geht vielmehr darum, dass die drei Kirchen ernst nehmen, dass sehr viele Menschen in Zürich sind, die Begegnungen brauchen, auch hin und wieder Ruhe nötig haben. Zwischen Hauptbahnhof und Bellevue, wo sich die Menschen bewegen, gibt es seit Jahrtausenden auch einige Kirchen. Die Arbeit der Kirche knüpft an die Arbeit an, die jetzt schon im Citybereich gemacht wird. Sie ist im Rahmen des binationalen Auftritts der Kirchen Österreich und Schweiz zu sehen. In Österreich steht sie unter dem Motto «Kirche 08 – am Ball seit 2008 Jahren». In Basel, Bern, Genf und Zürich sind der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) und die Bischofskonferenz engagiert. Der SEK nahm an seiner Abgeordnetenversammlung vor einem Jahr den Vorschlag der Zürcher Delegation mit vornehmer bernischer Zurückhaltung auf, aber jetzt sind alle angesteckt von dieser Angelegenheit. Im Bereich Diakonie hat ein Projekt bereits Gestalt angenommen. Das Blaue Kreuz des Kantons Zürich arbeitet an einem Begegnungs- und Gesprächsort beim Grossmünster mit, wo viele Freiwillige rund um die Uhr tätig sein werden. Im Bereich Spiritualität werden die Kirchen über die normale Zeit hinaus geöffnet sein, man plant Kurzandachten, Freiwillige der Kirchen sind anwesend. Die ökumenische Seelsorge in der Predigerkirche wird ausgedehnt. Die Kirche soll durch Spiritualität, durch Begegnung erfahrbar sein.

Zur Organisation: Die Trägerschaft wird von fünf Institutionen gebildet, von den beiden Stadtverbänden, den reformierten und katholischen Kirchgemeinden der Stadt Zürich, von der christkatholischen Kirchgemeinde, der römisch-katholischen Zentralkommission und der reformierten Landeskirche. Diese Trägerschaft bildet zusammen ein Begleitgremium, das von Kirchenratspräsident Reich geleitet wird, obwohl er mehr von der Kirche versteht als vom Fussball. Pfarrer Christoph Sigrist ist im operationellen Bereich tätig im Zusammenhang mit seiner Arbeit als Diakoniebeauftragter der Zürcher Landeskirche. Man geht von einem Budget von 600'000 Franken aus. Die beiden Stadtverbände sind mit je 250'000 Franken beteiligt, die beiden kantonalen Kirchen mit je 47'500 Franken. Einmal mehr ergibt sich die Gelegenheit, dem Stadtverband Zürich herzlich zu danken. Er ist hier in erster Linie aktiv und steht sowohl ideell durch einen einstimmigen Entscheid der Zentralkirchenpflege als auch finanziell hinter dem Projekt. Mit der Bahnhofkirche, der Flughafenseelsorge, der Sihlcity, mit der ökumenischen Seelsorge Predigerkirche wird eng zusammengearbeitet. Die Arbeit, die jetzt schon gemacht wird, muss also intensiviert werden. Man könnte nicht für sechs Wochen etwas auf die Beine stellen, wenn nicht schon lange in dieser Art gearbeitet würde.

Felix Känzig, Thalwil, spricht zum Berufsbild Sozial-Diakon/Sozial-Diakonin, einem Papier, das die Synodalen an ihren Plätzen vorgefunden haben. Die Zürcher Arbeitsgemeinschaft der sozialdiakonischen Mitarbeitenden erarbeitete es breit abgestützt und genehmigte es einstimmig an der diesjährigen Mitgliederversammlung. Es beschreibt kurz und klar die Definition der Sozialdiakonie, deren Kernauftrag, die beruflichen Grundsätze, Arbeitsinhalte und Kompetenzen sowie die momentan geltenden Rahmenbedingungen zur Berufsausübung im Kanton Zürich. Das Berufsbild ist einerseits Werbung für den eigenständigen Beruf mit professionellen Sachkompetenzen, andererseits soll es für eine konstruktive Zusammenarbeit mit andern kirchlichen Berufsgruppen und kirchlichen Behörden förderlich sein. Das Berufsbild kann auch für den künftigen Dialog in der Kirchensynode und mit andern Gremien ein wichtiger Beitrag sein. Erfreulicherweise fragte inzwischen der Schweizerische Dachverband an, ob er das Berufsbild als Grundlage für die Erarbeitung eines deutschschweizerischen Berufsbildes verwenden darf. Im Namen der Zürcher Arbeitsgemeinschaft der sozialdiakonischen Mitarbeitenden dankt Felix Känzig für das Interesse der Kirchensynode.

Traktandum 2

Fortsetzung der Verhandlungen vom 20. November 2007

Traktandum 8

Neue Trägerschaft des Kirchenboten – Antrag und Bericht des Kirchenrates – Antrag und Bericht der vorberatenden Kommission

Anhang

Brigitte *Wachsmuth*, Zürich-Wiedikon, spricht für die vorberatende Kommission zum Eintreten.

Die Kommission beantragt die zustimmende Kenntnisnahme vom Bericht des Kirchenrates bezüglich des neuen Trägerschaftsvereins des Kirchenboten, die Annahme der im Anhang 1 aufgeführten Gründungsvereinbarung und die zustimmende Kenntnisnahme der in Anhang 2 aufgeführten Vereinsstatuten.

Für die Prüfung der finanziellen Tragbarkeit bzw. allfälliger finanzieller Folgen für die Landeskirche wurde die Rechnungsprüfungskommission (RPK) zu einem kurzen Mitbericht eingeladen.

Zu den Mitgliedern der Kommission gehören unter anderem auch Synodale, die sich schon im Jahr 2002 intensiv mit diesem Geschäft auseinandersetzen. Zusätzlich fanden klärende Gespräche mit unserem Kirchenratspräsidenten statt, was dazu führte, dass die Kommission sehr effizient arbeiten und etwaige Bedenken kompetent klären und ausräumen konnte. Zu den Themen, die sie unter anderen intensiv erörterte, gehören

- die organisatorische Struktur des Vereins,
- die vom Pfarrverein im Vorfeld manifestierte Teilnahme von Zürich am Projekt «reformiert.»
- sowie die zukünftige Einflussnahme – wenn überhaupt – auf Redaktionsbeiträge, Layout und sonstige Entscheidungen.

Dazu die folgenden Anmerkungen:

Die organisatorische Struktur des Vereins: Obwohl sie auf den ersten Blick kompliziert erscheint, bietet die vorgeschlagene Struktur die beste Lösung für die damals im Postulat Nr. 378 von Kirchenrat Marcel Riesen gestellten Anforderungen an eine neue Trägerschaft.

Der Herausgeber des Kirchenboten ist der Pfarrverein, und das seit 92 Jahren. Das vorgeschlagene Modell des Trägervereins bietet die Mög-

lichkeit einer Zusammenarbeit zu zwei Dritteln Landeskirche und einen Drittel Pfarrverein. Auf diese Weise ist vor allem die redaktionelle Freiheit gesichert. Nach längeren Diskussionen wurde aus Effizienzgründen bewusst verzichtet, die Zürcher Arbeitsgemeinschaft der Sozialdiakone ZAG mit einzubeziehen. Innerhalb des Vereinmodells funktionieren sowohl Pfarrverein als auch Landeskirche partnerschaftlich.

Im Gegensatz zu heute hat sich die Möglichkeit etwaiger Einflussnahmen massgeblich erhöht. Der Kirchenbote behauptet sich heute schon weitgehend als Mitgliederorgan. Wenn sich in naher Vergangenheit vereinzelte Gemeinden einer Teilnahme entsagten, ist die Kommission der Meinung, dass die zukünftige Einbindung dieser Gemeinden weniger über Zwang als durch redaktionelle Überzeugungsarbeit und Qualität der Beiträge zu erreichen sei.

Die vom Pfarrverein im Vorfeld manifestierte Teilnahme von Zürich am Projekt «reformiert.»: Dass der Pfarrverein sich im Juli dazu entschloss, sich mit dem Kirchenboten des Kantons Zürich ebenfalls am Projekt «reformiert.» zu beteiligen, begründet sich darin, dass es genau zu diesem Zeitpunkt vor seinem Abschluss stand und geplant ist, dass das neue Organ das erste Mal im Juni 2008 erscheinen wird. Der Pfarrverein stand vor der Wahl, entweder mitzumachen oder darauf zu verzichten. Grundsätzlich ist anzumerken, dass ein regionaler Zusammenschluss sicher im Sinn von Effizienzsteigerung, Kostenbewusstsein und Qualität der redaktionellen Beiträge von Vorteil ist. Auch besteht ja immer noch die Möglichkeit, die offizielle Einbindung in den Teilnehmerbund rechtmässig zu kündigen, falls «reformiert.» zukünftig nicht unseren Erwartungen gerecht wird.

Die zukünftige Einflussnahme – wenn überhaupt – auf Redaktionsbeiträge, Layout und sonstige Entscheidungen:

Zum Thema Einflussnahme auf redaktionelle Beiträge ist anzumerken, dass die redaktionelle Leitung auch unter dem neuen Modell weiterhin selbständig, ohne Zensur arbeiten wird. Die Präsidentin der Kommission weist darauf hin, dass gerade aufgrund unserer breiten reformierten Vielfältigkeit die Pressefreiheit als wichtigstes Kriterium manifestiert sein muss und dies nur möglich ist, wenn das Redaktionsteam auch in Zukunft im Rahmen der Loyalität dem Zweckartikel gegenüber wirken kann. Von Vorteil wird aber auf jeden Fall sein, dass die acht Delegierten der Landeskirche Mitspracherecht in der übergeordneten Geschäftsleitung des Trägervereins ausüben werden.

Bedenken bezüglich Layout und Einbindung der Gemeindeseiten im neuen «reformiert.» sind dahingehend hinfällig, dass der Entscheid für dieses neue Format bzw. Aussehen seitens des Pfarrvereins gefällt wurde und etwaige Änderungsanträge zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt werden können.

Es ist uns ein Anliegen, hervorzuheben, dass Kirchenratspräsident Ruedi Reich in den Verhandlungen mit dem Pfarrverein eine Topleistung erbracht hat. Mit Diplomatie und sehr viel Verhandlungsgeschick hat er erreicht, dass wir mit der vorliegenden Lösung – trotz der erwähnten Einschränkungen – zufrieden sind und uns damit einverstanden erklären können. Wir sind gespannt darauf, wie sich der Kirchenbote unter der neuen Trägerschaft entwickeln und sich als überzeugende Mitgliederpublikation und dynamisches Presseorgan für reformiert christliche Werte im heutigen Pressedschungel behaupten wird.

Barbara *Golder*, Seuzach, spricht als Präsidentin der RPK.

Die RPK wurde von der vorberatenden Kommission gebeten, kurz über die finanzielle Seite der Vorlage zu orientieren. Sie konnte Einblick nehmen in die Budget- und Rechnungszahlen der letzten Jahre und ist dabei zum Schluss gekommen, dass der Vorlage auch aus finanzieller Sicht zuzustimmen ist. Die finanzielle Situation des Kirchenboten scheint gut zu sein. Wie sich das Projekt entwickelt, kann die RPK natürlich nicht sagen. Aber da hat die Kirchensynode es ja in der Hand, kompetente Delegierte in den Trägerverein zu wählen.

Ob die 300'000 Franken des erwirtschafteten Vermögens, die beim Pfarrverein verbleiben, gerechtfertigt sind, können wir nicht beurteilen. Dies war ja Teil der Verhandlungen zwischen Kirchenrat und Pfarrverein.

Im Moment ergeben sich für die Landeskirche keine Kosten. Die Gründungsvereinbarung sieht vor, dass die Finanzierung des Kirchenboten bis auf weiteres im bisherigen Sinn geregelt wird. Sollten sich in Zukunft Änderungen ergeben, Stichwort «Kirchenbote für alle», müsste die Kirchensynode neu entscheiden.

Die RPK empfiehlt einstimmig, den Anträgen des Kirchenrates zuzustimmen.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* bestätigt, der Kirchenrat habe dem nichts mehr beizufügen. Er dankt der vorberatenden Kommission und

ihrer Präsidentin sowie der RPK, ebenso dem Pfarrverein. Hier schlug eine anfängliche Kultur des Misstrauens um in eine Art des Vertrauens und der Verhandlung, die für den Kirchenrat sehr wichtig war und die Grundlage ergab für das Vorliegende.

Der Kirchenratspräsident bittet die Kirchensynode, Folgendes zu beachten: Der Pfarrverein übergibt den Kirchenboten dem neuen Trägerverein. Bis diese neue Trägerschaft konstituiert ist, gehört er noch dem Pfarrverein. Es ging darum, in den Gesprächen einen tragfähigen Kompromiss zu finden, zu dem der Kirchenrat stehen kann. Die redaktionelle Freiheit ist weiterhin gewährleistet. Die Kirchensynode kann jetzt nur ja oder nein sagen. Jetzt kann man keine Änderungswünsche mehr einbringen. Das Geschäft müsste an den Kirchenrat zurückgewiesen werden zur Neuverhandlung mit dem Pfarrverein. Die Generalversammlung des Pfarrvereins hat der Übergabe bereits zugestimmt.

300'000 Franken tun natürlich auch dem Kirchenrat weh. Aber der Pfarrverein möchte, dass sein Engagement während 92 Jahren sich jetzt bezahlt macht. Man denke an die eindrucklichen Pfarrergestalten Maurer oder Brunner, die hier gestaltend für unsere Landeskirche wirkten. Die Präsidentin der vorberatenden Kommission wies darauf hin, dass die Summe, aufs Jahr gerechnet, etwa 3'200 Franken ausmacht.

Der Kirchenrat hätte keinem Projekt zugestimmt, bei dem die Landeskirche in der Minderzahl gewesen wäre. Jetzt gilt: zwei Drittel Landeskirche, ein Drittel Pfarrverein. Man konnte deshalb der Mitträgerschaft der Zürcher Arbeitsgemeinschaft der diakonischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zustimmen. Man müsste sich auch fragen, welche weiteren Berufsverbände Interesse zeigen würden. Die Möglichkeit besteht, mit den entsprechenden Delegierten eine ausgewogene Zusammensetzung der landeskirchlichen Delegation zu erreichen. Der Kirchenrat wird ein Ratsmitglied und eine Fachperson in die Trägerschaft delegieren. Der Kirchenrat beantragt Zustimmung zu den entsprechenden Anträgen.

Fritz *Weber*, Russikon, hat Mühe mit dieser Vorlage. Sie kommt ihm zu früh. Er hätte lieber zuerst den Zweckartikel in der neuen Kirchenordnung gesehen und dann entschieden, wie das Mitgliederblatt aussehen muss. Er fragt den Kirchenrat an, weshalb die Sache so eilig vorangetrieben wurde. Es wird etwas vorgespurt, das in der Kirchenordnung noch sanktioniert werden muss, man ist nicht mehr frei.

Alfred *Vogel*, Marthalen, kennt den Kirchenboten noch nicht 92 Jahre, aber immerhin seit den Tagen von Redaktor Hans Heinrich Brunner. In dieser langen Zeit las er das Blatt immer sehr gerne. Er äussert seine Bedenken und ist sicher, für einen Teil der Leser zu sprechen. Natürlich wird jetzt beteuert, die redaktionelle Freiheit bleibe gewahrt, es gebe keine Zensur. Aber es ist nicht dasselbe, ob der Pfarrverein die Verantwortung trägt oder die offizielle Landeskirche. Alfred Vogel denkt an die verschiedenen Angriffe in den letzten Jahren. Bisher konnte die Landeskirche sagen, der Pfarrverein sei dafür zuständig. Diese Bedenken sollen den Delegierten und der Redaktion bewusst gemacht werden.

Matthias *Rüsch*, Zürich-Wiedikon, findet es schwierig, zu diesem Geschäft lediglich ja oder nein zu sagen. Er las die Statuten des Trägervereins genau durch. Es fällt ihm auf, dass von Qualität kein Wort steht, Theologie kommt nur vor im Zusammenhang mit theologischem Pluralismus. Ist dies nicht etwas wenig für die Landeskirche? Er denkt, dass man eine Debatte über den Inhalt des Kirchenboten führen sollte.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* antwortet, er freue sich natürlich über Fritz Webers Votum. Die Kirchensynode hat den Kirchenrat am 19. März 2002 beauftragt mit diesem Geschäft, und nun heisst es: Wozu diese Eile? Dem Kirchenrat ging es vor allem in den ersten zwei Jahren zu langsam. Man hätte diesen Antrag gerne zwei Jahre früher eingebracht. Dies war aus verschiedenen Gründen nicht möglich, aber nachher ergab sich eine gute Verhandlungsbasis und ein gegenseitiges Ernstnehmen der Standpunkte. Der Grundsatzartikel der Landeskirche ist sicher nicht gefährdet durch die Akzente, die jetzt noch eingebracht werden.

An erster Stelle im Kirchenboten steht Verkündigung, und die Verkündigung hat doch sicher mit Theologie zu tun. Wenn Theologinnen und Theologen beschliessen, dass sie sich an der Verkündigung des Evangeliums, wie der Pfarrverein noch extra hinzufügte, orientieren wollen, sollte dies eigentlich genügen.

Man kann ein Alibi haben für die Übernahme von Verantwortung. Vielleicht tut es der Landeskirche gut, wenn sie als Kirche betont, dass sie zu einem freien Wort steht, wenn Angriffe kommen. Sie zeigt dies jeden Sonntagmorgen oder in der Kirchensynode, an jeder Kirchenpflegesitzung, an jeder Kirchengemeindeversammlung. Da sollte Alfred Vogel keine Bedenken haben. Man könnte auch argumentieren, dass jeder seine

Interessen wahrnehmen will. Der Pfarrverein setzte bis jetzt nicht einfach seine Meinung durch. Wenn davon geredet wird, der Kirchenbote sei auch eine Gesamtmitgliederzeitung, ist es sinnvoll, dass im Antrag steht, die Pluralität werde berücksichtigt, die politische und die theologische Weite der Landeskirche müsse immer wieder aufleuchten.

Peter *Schmid* möchte wissen, was die Kirchensynode im Hinblick auf die Gesamtmitgliederzeitung beschliesst, wenn sie vom Antrag Kenntnis nimmt. Die RPK-Präsidentin sprach vom Kirchenboten für alle und von den finanziellen Folgen, die eintreten könnten.

Martin *Weibel*, Zürich-Altstetten, findet diese Vorlage gut. Sie bedeutet einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Aber er ist überzeugt davon, dass auch eine inhaltliche Diskussion stattfinden muss. Der Kirchenbote könnte noch viel besser werden. Die Zeitschrift sollte alle Bereiche der Landeskirche verbinden. Es können sich heute noch nicht alle darauf freuen, weil es Kirchengemeinden gibt, die den Kirchenboten nicht abonniert haben für ihre Mitglieder. Für die fachlichen Bereiche sollten mehr Spezialisten zugezogen werden. Von der Verkündigung her dürfte man mutiger sein.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* erklärt, man habe 2002 hier die Debatte «Kirchenbote für alle» geführt. Der Kirchenrat hatte damals grosse Sympathie für dieses Konzept. Er wollte, dass alle Mitglieder den Kirchenboten erhalten, weil man so Menschen erreichen kann, die sich von den Aktivitäten der Kirche nicht immer erreichen lassen. Dies ist weiterhin eine Zielvorstellung. Eine gewisse Zurückhaltung des Kirchenrates besteht im Zusammenhang mit der neuen Kirchenordnung. Man kann die Zustellung des Kirchenboten an alle Mitglieder finanziell nicht übernehmen. Es werden 5 Mio. Franken Umsatz gemacht. Gewiss könnte dies die Landeskirche tragen anstelle der einzelnen Kirchengemeinden. Kirchensteuern sind jedoch auch in Zukunft Kirchengemeindesteuern. Wenn ein grosser Teil davon schon im Voraus an den gesamtkirchlichen Bereich geht, gibt dies finanzpolitische Probleme. Diese Frage ist sehr genau anzusehen. Die Kirchensynode wird im Zusammenhang mit der neuen Kirchenordnung und der Finanzordnung darüber entscheiden. Der Kirchenbote ist von der journalistischen Qualität her grundsätzlich gut. Es gibt immer einzelne Nummern, die von den Lesern als besser oder weniger gut taxiert werden.

Jean E. *Bollier*, Zürich-Höngg, will Peter Schmid erklären, was die Kirchensynode heute beschliesst. Die Landeskirche wird Mitherausgeberin des Kirchenboten. Nicht beschlossen wird, dass die Landeskirche, weder der Kirchenrat noch die Kirchensynode, operativ direkten Einfluss nehmen kann. Die Delegierten, die noch gewählt werden, üben als Mitglieder des Trägervereins kein gebundenes Mandat aus. Sie haben die Kompetenz und sind der Kirchensynode Rechenschaft schuldig. Die Kirchensynode beschliesst über die 300'000 Franken, die beim Pfarrverein bleiben. Das übrige Vermögen des Kirchenboten geht an die neue Trägerschaft über. Was weiter mit dem Kirchenboten passiert, auch die Teilnahme an der Zeitschrift «reformiert.», ist Sache der neuen Trägerschaft.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Es wurde kein Gegenantrag gestellt. Eintreten ist *beschlossen*.

Detailberatung:

Ziffer 1 des kirchenrätlichen Antrags lautet: Vom Bericht des Kirchenrates über die neue Trägerschaft des Kirchenboten wird zustimmend Kenntnis genommen. Ziffer 1 wird stillschweigend *zugestimmt*.

Ziffer 2 lautet: Der im Anhang 1 aufgeführten Gründungsvereinbarung wird zugestimmt. Das Wort wird nicht verlangt, Ziffer 2 ist *angenommen*.

Ziffer 3 lautet: Die im Anhang 2 aufgeführten Vereinsstatuten werden *zustimmend zur Kenntnis* genommen.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* weist darauf hin, dass es beim Zweckartikel heissen muss: Basis der Tätigkeiten des Vereins bildet der Grundauftrag der Verkündigung des Evangeliums.

Lukas *Maurer*, Rüti, möchte wissen, ob diese Statuten für alle Ewigkeit Geltung haben, wenn sie von der Kirchensynode zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

Rolf *Kühni*, Stäfa, stellt sich als Präsident des Pfarrvereins vor. Im Gegensatz zur Gründungsvereinbarung, wo nichts mehr geändert werden

kann, sind die Vereinsstatuten in bestimmten Bereichen diskutierbar. Es gab eine lange Diskussion über einen Artikel in der Gründungsvereinbarung, bei dem es darum ging, dem Misstrauen, das mehrere Male erwähnt wurde, in Form eines Rücknahmeartikels zu begegnen. Es war eine Entscheidung des Vorstands und der Kapitelsdelegierten sowie der Generalversammlung des Pfarrvereins, dem Vertrauen in die neue Trägerschaft und die landeskirchlichen Strukturen Ausdruck zu geben, indem dieser Rücknahmeartikel ersatzlos gestrichen wurde.

Hans *Neuhaus* findet, es gehöre zur Kirche, dass man sich in die Politik einmischen kann. Vor einigen Wochen sind im Kirchenboten Portraits erschienen von Verena Diener und Ueli Maurer. Man erfuhr, dass Ueli Maurer sechs Jahre lang Sonntagschullehrer gewesen war. Hans Neuhaus möchte dazu ermutigen, die redaktionelle Freiheit aufrecht zu erhalten und die Redaktion zu bitten, nicht zu leise zu treten.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* macht auf Artikel 2.7 aufmerksam, in dem es heisst: Er fördert die kritische Auseinandersetzung mit religiösen und gesellschaftlichen Institutionen und Strömungen. Dies ist Politik, und sie gehört zu den Aufträgen.

Er weist Lukas Maurer darauf hin, dass Statutenänderungen der Zustimmung von zwei Dritteln der an der Mitgliederversammlung anwesenden Vereinsmitglieder bedürfen. Dies ist eine qualifizierte Mehrheit der Anwesenden. Das weist auf die Verantwortung der Delegierten hin, die jetzt gewählt werden müssen.

Hans Ulrich *Schwarzenbach*, Mettmenstetten, ist mit den Statuten einverstanden, findet aber die Idee, den Sitz des Trägervereins dem Präsidenten des Pfarrvereins nachwandern zu lassen, aus steuer- und betriebsrechtlichen Gründen nicht gut.

Hans *Rüttimann*, Rickenbach, war Mitglied der vorberatenden Kommission. Ihm ist aufgefallen, dass nirgends steht, der Kirchenbote sei eine Mitgliederzeitung. In den Statuten steht allerdings, der Verein gebe den Kirchenboten für den Kanton Zürich heraus. Die Redaktion sollte sich auch bewusst sein, dass sie als Mitgliederzeitung keine Artikel bringen darf, die klar gegen die Kirche sprechen.

Rolf *Kühni* bestreitet, dass der Pfarrverein sich immer still gehalten hat. Es wurden auch regelmässig Sitzungen mit den so genannten Kapitelsdelegierten durchgeführt mit dem Haupttraktandum «Kirchenbote inhaltlich». Auch die Redaktion war dabei. Es gab sicher hie und da eine gewisse Einflussnahme, aber nicht über Machtgefässe, sondern im argumentativen Gespräch, wo man zu überzeugen versuchte. Der Leser und die Leserin merken dies kaum, die Vertreter des Pfarrvereins schon. Die Gesprächskultur wird weiterhin so bleiben.

Margrit *Strässler*, Dinhard, stellt eine Frage betreffend Gründungsvereinbarung und Statuten. Wenn der Verein gegründet worden ist, sind dann die Gründungsvereinbarungen hinfällig? Sie hat gesehen, dass im ersten Grundsatz der Gründungsvereinbarung steht, dass man den Kirchenboten allen unentgeltlich zukommen lassen sollte. In den Statuten steht nichts davon.

Willi *Honegger*, Bauma, erinnert trotz des grossen Lobes für diese Vereinbarung daran, dass es sich um ein sehr anspruchsvolles Trägerschaftsmodell handelt, das hier beschlossen werden soll, weil so viele verschiedene Kräfte zusammenkommen. Man kann nicht wissen, ob die Sache gelingt, auch wenn sie jetzt breit abgesichert ist. Der Erwartungsdruck ist hoch. In der Kirchensynode wird sicher in Zukunft häufiger über den Kirchenboten gestritten werden als bisher. Bis jetzt konnte man bei jeder aufkommenden Diskussion dem Pfarrverein die Schuld in die Schuhe schieben. Er zitiert einen Satz, den man sich einprägen sollte. In Punkt 8 des Berichts heisst es: Die neue Trägerschaft des Zürcher Kirchenboten bringt eine grössere Repräsentanz und Verankerung des Kirchenboten in der Landeskirche. Wird diese breite Verankerung sich auch in der inhaltlichen Ausrichtung auswirken? Als Pfarrer einer Landgemeinde im Zürcher Oberland fragt er sich, ob die Werthaltungen der ländlich konservativen, pietistischen oder frommen Gemeindeglieder auch in Zukunft ironisch kommentiert werden oder ob man sie respektiert. Wird man über diese Leute oder in Zukunft auch mit ihnen sprechen? Dies ist kein Tadel an der bisherigen Redaktion. Es wird ja eine neue gewählt.

Im Hinblick auf eine Mitgliederzeitung möchte Willi Honegger nicht, dass eine publizistische Planwirtschaft inszeniert wird wie im früheren Ostblock. Man muss das Produkt nehmen, weil es kein anderes gibt. Ein Zwangsabonnement wäre sicher nicht das Richtige. Eine solche Zeitung

sollte die Leser und die Kirchengemeinden durch Qualität überzeugen können, auch diejenigen, die den Kirchenboten nicht abonnieren für ihre Mitglieder.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* präzisiert, die neue Redaktion könne auch die bisherige sein. Zwingli und Bullinger wussten auch nicht genau, wie es herauskommen würde. Man darf auch kritisieren, das gehört zum freien Wort. Deswegen wird jetzt nicht in jeder Synodeversammlung über den Kirchenboten gestritten. Die Kirchensynode gibt ihre Verantwortung an die sechs Delegierten ab. Man muss sich bewusst sein, dass man Synodale und Fachleute wählt, die dann in eigener Verantwortung entscheiden.

Kirchenbote für alle ist nicht Plan- oder Zwangswirtschaft. Jetzt ist es so, dass Kirchenpfleger einer Gemeinde entscheiden, eine eigene Zeitung zu machen, sie wollen den Kirchenboten nicht für ihre Mitglieder. Es steht nirgends, dass der Kirchenbote zwangsweise in jede Gemeinde des Zürcher Oberlands exportiert wird. Es heisst in der Gründungsvereinbarung, man strebe an, möglichst vielen Kirchenmitgliedern den Kirchenboten zugänglich zu machen. Dazu steht der Kirchenrat immer noch. Doch das kann nicht einfach in die Statuten aufgenommen werden, es ist eine Absichtserklärung.

Jakob *Vetsch*, Zürich-Matthäus, weist darauf hin, dass es eine grosse Stärke der Kirchenboten in der deutschen Schweiz ist, dass sie flächendeckend arbeiten können. Wenn er mit Freunden von der EKD oder vom Gemeinschaftswerk evangelischer Publizistik redet, sagen sie, dass sie uns darum beneiden. Man muss Sorge zu dieser Stärke tragen.

Rolf *Kühni* will verhindern, dass das Votum von Willi Honegger zu Fehlinterpretationen führt. Es war nie das Anliegen der Redaktion, dass der Kirchenbote für alle zugänglich sein soll. Sie ist im Gegenteil sehr kritisch, gerade aus den erwähnten Gründen. Sie will die Herausforderung. Aber es wäre trotzdem eine gute Sache, wenn alle Mitglieder den Kirchenboten lesen könnten, und deshalb wurde das Anliegen in die Gründungsvereinbarung aufgenommen.

Es ist kein Gegenantrag gestellt worden. Die Statuten werden *zustimmend zur Kenntnis genommen*.

In der Schlussabstimmung wird der Vorlage mit einer Gegenstimme *zugestimmt*.

Rolf *Kühni* windet Philippe Dätwyler vom Kirchlichen Informationsdienst ein Kränzchen. Der Präsident des Pfarrvereins übernahm die Mitverantwortung für die Übertragung des Kirchenboten in einer sehr kritischen Phase. Er arbeitete sich mit Herrn Dätwyler zusammen Punkt für Punkt vorwärts. Es war eine hervorragende Zusammenarbeit. Man musste sich gegenseitig nichts schenken, weil man wusste, dass es um eine gute Präsenz des Kirchenboten in der Landeskirche geht und keinesfalls um irgendwelche Machtspiele. (Applaus)

Präsident Peter *Würmli* schliesst sich diesem Dank an, er lobt aber auch Rolf Kühni und den Pfarrverein für das Ergebnis dieser Zusammenarbeit.

Pause: 09.55 bis 10.25 Uhr

Hanna *Marty*, Oetwil am See, verliest eine persönliche Erklärung: Kirchenratspräsident Ruedi Reich brauchte vor einer Woche die Bezeichnung Diakon/Diakonin, und heute bei seinem Eingangsvotum zum Kirchenboten wieder. Sie ist Präsidentin des Dachverbandes der deutschweizerischen Sozial-Diakone und Sozial-Diakoninnen. Sie möchte, dass die Kirchensynode zur Kenntnis nimmt, dass die Kantonalkirche Zürich in der Deutschschweizerischen Diakonatskonferenz der doppelten Qualifikation für die Sozial-Diakone und Sozial-Diakoninnen zustimmte, das heisst, dass sie eine soziale und eine kirchliche Ausbildung haben. Man ist jetzt in der Deutschschweiz daran, die beiden Begriffe für diesen Berufsstand einzuführen. Hanna Marty hofft, dass sich der Name Sozial-Diakon/Sozial-Diakonin durchsetzt. Dann können sich die 600 Sozial-Diakone und Sozial-Diakoninnen in diesem Berufsnamen wieder finden. Sie bittet, dass dies beherzigt wird bei der Revision der Kirchenordnung.

Traktandum 3

Wahl von sechs Delegierten der Kirchensynode als Mitglieder des Trägervereins Kirchenbote

Präsident Peter *Würmli* gibt bekannt, dass nur drei Stimmzähler anwesend sind. Die Evangelisch-kirchliche Fraktion schlägt Ruth Gafner als Ersatz für die heutigen Abstimmungen und Wahlen vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge, Ruth Gafner *ist gewählt*.

Präsident Peter *Würmli* führt aus, dass aufgrund der soeben zur Kenntnis genommenen Statuten die Kirchensynode sechs der zwölf Mitglieder des Trägervereins Kirchenbote wählt. Es liegt eine Liste vor mit den Wahlvorschlägen der Fraktionen. Die Idee eines zweigeteilten Wahlverfahrens mit vier Delegierten aus dem Kreis der Synodalen und zwei Delegierten von ausserhalb der Kirchensynode wurde im Büro diskutiert und gutgeheissen.

Jean E. *Bollier* spricht als Präsident der Fraktionspräsidentenkonferenz. Das Traktandum Wahl der sechs Vertreter in den Trägerverein ist im Büro Ende Oktober gefallen, nachdem man zur Kenntnis genommen hatte, dass heute die Zustimmung zum Trägerverein in den Traktanden steht. In den Vereinbarungen heisst es, dass die Vertragspartner ihre Delegierten selbständig bestimmen. Sie sollen Personen delegieren, die für die Aufgaben des Trägervereins fachlich geeignet sind. Die Mitglieder sind alle vier Jahre zu wählen, dann müssen die Delegierten Auskunft über ihre Tätigkeit geben. Zusätzlich zu den vier Synodalen sollen zwei aussenstehende Fachleute dazukommen, die aus den vier Vorschlägen auf der Liste gewählt werden. Es sind unabhängige Personen, ihre Namen wurden der Präsidentenkonferenz durch Fraktionsangehörige eingereicht. Alle bringen Medienerfahrung mit. Man bemängelt allerdings, dass ein Finanzfachmann fehlt, aber Jean E. *Bollier* nimmt an, dass auch die vorgeschlagenen Personen eine Bilanz lesen können. Es gibt auch eine Geschäftsleitung, dort werden sicher Finanzkundige sitzen. Die Revisionsstelle des neuen Kirchenboten wird selbstverständlich darauf achten, dass finanziell keine Fehler gemacht werden. Jean E. *Bollier* bittet Rolf Kühni, die Delegierten des Pfarrvereins bekannt zu geben. Die Delegierten des Kirchenrates stehen noch nicht fest.

Rolf *Kühni* bestätigt, dass der Pfarrverein anlässlich seiner Generalversammlung anfangs Juli die vier Delegierten wählte. Der Vorstand schlug dafür vier Leute vor, die schon jahrelang im Rahmen der Kapitelsdelegiertentreffen den Kirchenboten begleiteten. Dies sind die Pfarrfrauen und Pfarrer Undine Gelner, Wädenswil, sie vertritt das Pfarrkapitel Horgen, Iris Rothweiler, Spitalpfarrerin in Zürich, sie vertritt das Pfarrkapitel links der Limmat, Christoph Menzi, Kappel, er vertritt das Pfarrkapitel Affoltern, Rolf Kühni selbst vertritt das Pfarrkapitel Meilen.

Zur Frage der finanziellen Verantwortung stellt er fest, dass die normalen buchhalterischen Geschäfte von der Verlagsleitung wahrgenommen werden, zudem ist jetzt schon vieles an ein Treuhandbüro ausgelagert worden, was sich sehr bewährt. Eine Fachperson im Finanziellen wäre ein schöner Luxus gewesen.

Präsident Peter *Würmli* will zuerst das Wahlverfahren unter Dach bringen.

Alfred *Vogel* hoffte, von Jean E. Bollier zu hören, weshalb die Gruppe der Delegierten aus der Kirchensynode in offener Wahl, die beiden andern Delegierten geheim gewählt werden. Auch möchte er etwas mehr über die vier Kandidaten wissen, von denen man sich für zwei entscheiden muss. Die Angaben auf dem Vorschlagsblatt sind doch recht bescheiden. Er sprach heute schon im Namen der Leser des Kirchenboten, aber hier hat er das Gefühl, dass die Leserinnen zu kurz kommen.

Jean E. *Bollier* erklärt, die vier Delegierten aus der Kirchensynode seien von den Fraktionen genannt worden. Das kann in stiller Wahl vor sich gehen, wenn nicht weitere Vorschläge dazukommen. Bei den Delegierten von ausserhalb der Kirchensynode fand man eine geheime Wahl sinnvoll. Er glaubt, dass es nicht viel transparenter geworden wäre, wenn man die Vorstellung der Kandidaten auf der Liste ausführlicher gemacht hätte. Man darf der Präsidentenkonferenz vertrauen. Sie kennt die Lebensläufe der vier Personen.

Alfred *Vogel* versichert, es gehe nicht um Vertrauen. Man muss sich für zwei Namen aus vier Vorschlägen entscheiden. Für eine geheime Wahl spricht, wenn irgendwo etwas versteckt werden muss. Er möchte vorläufig beantragen, dass auch diese Wahl offen stattfindet.

Walter *Pfister*, Bülach, zweifelt die Ausgewogenheit an. In seiner Rede sprach Jean E. Bollier von Leuten und Personen. Doch auf dem Papier stehen vier Männer. Sie beurteilen viele Dinge anders, als dies zwei Frauen und zwei Männer tun würden. Der Pfarrverein war hier fortschrittlicher und hat eine gemischte Delegation gewählt. Dies erwartet Walter Pfister auch vom Kirchenrat. Der neue Kirchenbote wird für das 21. Jahrhundert geplant. Man sollte sechs Männer und sechs Frauen in den Trägerverein wählen.

Jean E. *Bollier* erklärt, die Frauenfrage sei wirklich abgehandelt worden. Die angefragte Frau sagte leider ab. Die Präsidentenkonferenz war in Zeitnot. Immerhin sind bereits zwei Pfarrerinnen gewählt, auch Anneliese Hegnauer von der Religiös-sozialen Fraktion ist vorgeschlagen. Vielleicht wählt der Kirchenrat auch eine Frau. Das wären dann vier von zwölf Delegierten.

Der Trägerverein sollte so rasch als möglich gegründet werden. Wenn die Wahl verschoben würde, könnte sie erst in der April-Synode vorgenommen werden.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* stellt fest, dass man etwa acht Monate verlieren würde, wenn die Wahl verschoben werden müsste. Es wäre sehr wichtig, dass man zum jetzigen Zeitpunkt neu beginnen könnte, aber die Kirchensynode bleibt in jedem Fall frei.

Margrit *Strässler* findet es auch schade, dass keine Frau dabei ist. In vier Jahren muss wieder gewählt werden. Dann sollte man die Freiheit haben, zu sagen, dass man jetzt eine Frau delegieren will.

Claudia *Bretscher*, Zürich-Grossmünster, präzisiert, dass heute nicht unbedingt alle Delegierten gewählt werden müssen. Es wäre möglich, die Delegierten der Kirchensynode zu bestimmen und die Wahl der beiden weiteren Delegierten auf später zu verschieben. So wäre das Gremium aus zehn Leuten zusammengesetzt. Der Trägerverein könnte mit der Arbeit beginnen, er würde funktionieren.

Willi *Honegger* bittet, die Sache nicht unnötig kompliziert zu machen. Im Sinn der Effizienz wäre es gut, das Geschäft heute zu erledigen. Man hat sich heute mit dem Kirchenboten beschäftigt, man weiss, worum es geht. Ob dies im Sommer auch noch der Fall ist, kann man nicht wissen.

Die Frauenfrage war ein wichtiges Thema. Es wurden sogar zwei Frauen angefragt. Es ist nicht das einzige Kriterium, wie sich die Menschheit unterscheidet. Auch das Alter ist wichtig. Man sollte auch die Jahrgänge der Vorgeschlagenen beachten.

Sylvia *Weber*, Urdorf, fragt, ob zwingend zwei Delegierte von ausserhalb der Kirchensynode gewählt werden müssen. Brigitte Wachsmuth leistete so viel in der Vorbereitung dieses Geschäfts. Man hatte zwei Frauen und damit die Qual der Wahl. Sie schlägt vor, dass man Brigitte Wachsmuth noch dazu nimmt.

Präsident Peter *Würmli* stellt richtig, es handle sich bei der Aufteilung vier Synodale und zwei Aussenstehende um einen Antrag, der zuerst gutgeheissen werden muss.

Michel *Müller*, Thalwil, gibt zu bedenken, dass mit dieser Wahl Erfahrungen gesammelt werden. Die Kirchensynode hat noch nie einen Verein gegründet und Delegierte dafür gewählt. Er fragt sich, ob man wirklich eine Zweiteilung haben wolle. Man könnte doch auch sechs Synodale delegieren. Er ist der Konferenz der Fraktionspräsidien dankbar, dass sie die Verantwortung übernommen hat, hier zu führen. Er findet es schade, dass diese wichtige Wahl unter Zeitdruck durchgeführt werden muss und unterstützt den Vorschlag von Claudia Bretscher. Für die Leute aus den eigenen Reihen übernehmen die Fraktionen die kollegiale und politische Verantwortung. Ob man zwei Aussenstehende wählen soll oder doch noch zwei aus den eigenen Reihen, sollte man in den Fraktionen ausdiskutieren.

Thomas *Grossenbacher*, Zürich-Fluntern, meint, man sollte diese Situation nicht überschätzen. Wenn die Wahl verschoben würde, könnten die Zeitungen melden, dass es offenbar ganz wichtige Probleme gebe. Man sollte das tolle Geschäft, das heute in Gang gebracht wurde, zu Ende führen.

Hanna *Marty* fände es gut, dem Antrag von Michel Müller Folge zu leisten. Wenn man die Berufe der Vorgeschlagenen beachtet, sieht man, dass eine grosse Mehrheit nicht vertreten ist, auch unabhängig vom Geschlecht.

Antrag 1, das Wahlverfahren in zwei Schritten durchzuführen, wird mit grossem Mehr *angenommen*.

Antrag 2, die Wahl von vier Delegierten aus dem Kreise der Kirchensynode, wird ebenfalls *angenommen*.

Hans *Rüttimann* hörte von Rolf Kühni, dass man sich den schönen Luxus einer Bankfachfrau nicht leisten könne. Die Präsidentin der vorbereitenden Kommission, Brigitte Wachsmuth, ist eine versierte Bankfachfrau. Sie führte die Kommission sehr kompetent. Er schlägt vor, Brigitte Wachsmuth anstelle von Anneliese Hegnauer zu wählen und diese auf die Liste der zwei zusätzlichen Kandidaten zu nehmen.

Peter *Würmli* macht darauf aufmerksam, dass es darum geht, ob zwei aussenstehende Fachleute gewählt werden sollen oder nicht.

Michel *Müller* fragt sich, ob es unter 180 Leuten in der Kirchensynode nicht sechs gibt, die delegiert werden können. Es ist wirklich nicht zwingend, Fremde zu wählen. In der Geschäftsleitung sind zwei von fünf Mitgliedern externe Fachleute, dies ist eine gewichtige Einbindung der Fachkompetenz. Die Kirchensynode muss eine kirchenpolitische Verantwortung übernehmen. Die Delegierten aus unseren Reihen müssen hören, was wir zu diskutieren und zu loben haben. Man müsste Antrag 3 nochmals diskutieren, aber nicht im Eiltempo. Er möchte diese Diskussion verschieben, aber nicht auf vier Jahre hinaus.

Präsident Peter *Würmli* schlägt vor, Antrag 3 wie folgt zu verändern: Wahl von zwei weiteren Delegierten.

Rolf *Kühni* möchte ganz sicher gehen. Man könnte ja den Kirchenboten auch im Pfarrverein noch ein paar Monate weiterführen. Aber jetzt stehen wichtige Entscheidungen an. Vor einem halben Jahr sagte der Pfarrverein mit grossen Bedenken im Hinblick auf die Übertragung des Kirchenboten allein ja zum Zusammenschluss mit der Kirchenzeitung «reformiert». Jetzt sollen wieder schwerwiegende Entscheide gefällt werden. Man will die neue Trägerschaft nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Deshalb möchte der Pfarrverein, dass mit der neuen Arbeit möglichst schnell begonnen werden kann. Ist dies rechtlich möglich, auch wenn die Trägerschaft nicht voll besetzt ist?

Präsident Peter *Würmli* stellt fest, dass Kirchenjurist Martin Röhl auf der Tribüne nickt.

Der abgeänderte Antrag 3 wird *gut geheissen*.

Wahl von vier Delegierten aus dem Kreis der Synodalen:

Es liegt ein Antrag auf offene Wahl vor. Sie kommt aber nur zum Zuge, wenn es mehr als vier Vorschläge gibt. Die Fraktionsvorsitzenden stellen ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin vor.

Stephan *Denzler* stellt für den Synodalverein Andreas Feurer vor. Er ist äusserst qualifiziert, ist auch kirchenpolitisch aktiv, er leitet den Bolderverein. Er machte Studien in Psychologie, war 36 Jahre beim Schweizer Fernsehen als Redaktor tätig in den Bereichen Kultur, Kunst und Religion und machte auch mit Printmedien Erfahrungen. Er redigierte die Zeitung der Gebirgsdivision 12 und schrieb viel. Er ist Vater von zwei erwachsenen Kindern.

Claudia *Bretscher* von der Religiös-sozialen Fraktion stellt Anneliese Hegnauer vor. Brigitte Wachsmuth interessierte sich ebenfalls für das Amt. Beide Frauen sind aus dem Marketingbereich und haben ähnliche Qualifikationen. Die eine hat Hilfswerk-, die andere Finanzerfahrung. In einem demokratischen Entscheid schlug die Fraktion Anneliese Hegnauer vor. Sie ist in der dritten Amtsperiode in der Kirchensynode. Als eidgenössisch diplomierte Marketingleiterin macht sie zurzeit eine Zusatzausbildung mit dem Schwerpunkt auf Medienarbeit. Sie arbeitet als Kommunikationsbeauftragte beim HEKS, ist dort zuständig für die Beziehungsarbeit zum kirchlichen Bereich und kennt dadurch die meisten kirchlichen Presseprodukte. Sie schreibt selbst Reportagen und Berichte und ist Kirchenpflegepräsidentin in Zürich-Schwamendingen.

Jean E. *Bollier* stellt den Kandidaten der Liberalen Fraktion, Heinz Forrer, vor. Dieser ist 63 Jahre alt, gelernter Laborant, machte das Technikum, ging aber sehr rasch in die Computerbranche. Bei IBM war er Programmierer, auch Finanzanalyst im Bereich EDV, Abteilung für Budgetierung, Finanzkontrolle und Personalplanung. Er war in der Personalausbildung tätig und für die PC-Entwicklung seit 1992 zuständig. Mit 56 Jahren wurde er pensioniert. Seit September 2000 ist er administrati-

ver Leiter der reformierten Kirchgemeinde Küssnacht. Dafür absolvierte er einen Management-Lehrgang für Non-Profit-Organisationen.

Willi *Honegger* präsentiert den Kandidaten der Evangelisch-kirchlichen Fraktion. Sie hatte mehrere kompetente Anwärter, entschied sich aber für Martin Fischer. Er ist erst seit dieser Amtszeit in der Kirchensynode. Aufgewachsen im Zürcher Oberland, war er viele Jahre Geschäftsführer des Medienunternehmens ERF in Pfäffikon, das im kirchlichen Bereich tätig ist. Seit zwei Jahren ist er Geschäftsführer bei den Sieber-Werken in Zürich.

Ursula *Sigg*, Dinhard, schlägt Brigitte Wachsmuth vor. Als Präsidentin der vorberatenden Kommission leistete sie hervorragende Arbeit.

Michel *Müller* warnt davor, jetzt andere Vorschläge einzubringen. Die Fraktionen haben gut und sorgfältig ausgewählt.

Stephan *Denzler* bekräftigt, es gebe eine Wahl in der Fraktion, aber es gebe auch noch übergeordnete Interessen. Er könnte sich Brigitte Wachsmuth als Finanzfrau gut vorstellen, vor allem, weil sie viele Mitglieder der Religiös-sozialen Fraktion hinter sich hat. Er findet es richtig, dass jede Fraktion eine Vertretung schickt, jetzt wählt man halt aus zwei Vorschlägen der Religiös-sozialen Fraktion aus.

Huldrych *Thomann* spricht von einer Stilfrage. Nun könnte jede Fraktion weitere Vorschläge einbringen. Es gibt in allen Fraktionen mehrere fähige Leute.

Claudia *Bretscher* gibt Stephan Denzler Recht, dass es auch übergeordnete Interessen gibt. Aber der Antrag der Fraktionen ist zu respektieren, sonst könnte man auf solche Absprachen verzichten. Vom übergeordneten Interesse her kann man bei Antrag 3 Brigitte Wachsmuth neu zu den Kandidaten nehmen. (Applaus)

Sylvia *Weber* bekräftigt, sie habe Brigitte Wachsmuth nicht an Stelle von Anneliese Hegnauer vorgeschlagen, sondern bei den weiteren Delegierten.

Auf Anfrage des Präsidenten hält Ursula *Sigg* an ihrem Antrag fest.

Jean E. *Bollier* erklärt, dass bei offener Wahl jeder Vorschlag einzeln behandelt wird.

Jan *Smit*, Bonstetten, plädiert für die Wahl der vier vorgeschlagenen Synodalen. Die zusätzliche Kandidatur soll dem Antrag 3 beigelegt werden, das ist das Einfachste.

Brigitte *Wachsmuth* bedankt sich für die Blumen. Als neue Synodale respektiert sie die Abstimmung in der Fraktion. Aber sie freut sich über die Möglichkeit, die sich ergeben könnte mit ihrer Kandidatur bei den weiteren Delegierten.

Ursula *Sigg* zieht unter diesem Aspekt ihren Antrag zurück.

Die vier von den Fraktionen vorgeschlagenen Delegierten sind in stiller Wahl *gewählt*. (Applaus)

Wahl von zwei weiteren Delegierten:

Es gibt einen Antrag von Claudia Bretscher, diese Wahl zu verschieben.

Jean E. *Bollier* möchte die Wahl jetzt auch verschieben. Die Liberale Fraktion hätte auch zwei Kandidaten gehabt. Er greift das Votum von Michel Müller auf, dass die Fraktionen nochmals darüber reden sollten.

Huldrych *Thomann* fände es nicht seriös, nach diesem kurzfristig geänderten Verfahren jetzt eine Wahl vorzunehmen.

Peter *Müdespacher*, Dietikon, findet es nicht gut, wenn der Trägerverein unvollständig ist. Die zusätzlichen Mitglieder, die zu wählen sind, sollten von Anfang an dabei sein können. In vielen Entscheidungen können zwei Stimmen eine ganz andere Richtung anbahnen. Die Wahl darf nicht verschoben werden.

Susanne *Hess*, Dübendorf, möchte, dass jetzt gewählt und Brigitte Wachsmuth zu den vier Kandidaten hinzugenommen wird.

Willi *Honegger* war bei der Vorbereitung des Wahlgeschäfts der Meinung, man hätte noch etwas zu warten sollen. Jetzt muss es durchgezogen werden.

gen werden, aber er hat Mühe mit zusätzlichen Kandidaturen. Die Fraktionen haben sich für vier Vertreter aus der Kirchensynode entschieden, fraktionsarithmetisch macht dies die Sache einfach. So kommen keine Unklarheiten auf. Wenn man auf diese Weise noch eine Person aus einer Fraktion hineinschmuggelt, auch wenn es nicht beabsichtigt ist, stimmt die Abmachung nicht mehr.

Thomas *Grossenbacher* ist ebenfalls der Meinung, man müsste jetzt aufgrund der vorliegenden Vorschläge, also ohne weitere Kandidaturen, diese Wahl vollziehen. Die vorbereitenden Fraktionen haben sich ja etwas gedacht bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge.

Sylvia *Weber* fragt sich, was passiert, wenn jemand von den Delegierten aus der Kirchensynode austritt in den nächsten vier Jahren. Muss er aus dem Trägerverein austreten?

Präsident Peter *Würmli* denkt, dass diese Person dann nicht mehr wählbar sein wird für eine nächste Amtsperiode.

Claudia *Bretscher* stellt fest, dass die Kirchensynode jetzt unter Antrag 3 den Kreis der Delegierten geöffnet hat. Es geht nicht mehr um Fraktionsbindung, sondern um die Qualität der Vorgeschlagenen.

Roland *Peter*, Winterthur, merkt am Verlauf dieser Diskussion, dass es richtig wäre, die Wahl zu verschieben.

Huldrych *Thomann* will das Geschäft an die Konferenz der Fraktionspräsidenten zurückweisen, weil die Ausgangslage für Antrag 3 jetzt anders ist.

Rudolf *Wöhrle*, Zürich-Altstetten, macht darauf aufmerksam, dass man nicht verbieten kann, einen weiteren Wahlvorschlag zu machen. Das wäre eine starke Einschränkung der demokratischen Freiheit. Er plädiert für die heutige Wahl, auch mit zusätzlichen Vorschlägen, denn der Trägerverein sollte vollständig sein, wenn er seine Arbeit aufnimmt.

Kurt *Gautschi*, Maur, findet es etwas sonderbar, wenn man den angefragten Kandidaten mitteilen muss, die Wahl finde erst in einem halben

Jahr statt. Selbstverständlich kann man die Vorschläge vermehren, aber jetzt sollte entschieden werden.

Hansruedi *Kocher*, Hittnau, findet es wichtig, dass die Wahl heute durchgeführt wird. Er stellt den Ordnungsantrag für einen kurzen Sitzungsunterbruch, damit die Fraktionspräsidenten sich beraten können über allfällige weitere Vorschläge.

Der Antrag, die Wahl auf die nächste Synodeversammlung zu verschieben, wird mit 84 Nein zu 53 Ja *abgelehnt*.

Der Ordnungsantrag Kocher wird *abgelehnt*.

Präsident Peter *Würmli* hält fest, dass die Wahl durchgeführt wird. Die vier Vorschläge auf der Liste der Fraktionspräsidenten können vermehrt werden.

Claudia *Bretscher* schlägt nun offiziell Brigitte Wachsmuth vor. Sie ist von Beruf Betriebswirtschafterin mit einem MBA mit Schwerpunkt Marketing. Sie arbeitet bei der UBS im Investment-Banking und ist zuständig für die interne Kommunikation, für die Argumentation, für die Produkte. Sie ist Kirchenpflegerin in Zürich-Wiedikon und dort auch zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, die Gemeindeseite und die Diakonie. Geboren ist sie 1955. Sie lässt sich als Kandidatin aufstellen, weil sie eine langjährige, interessierte Kirchenbote-Leserin ist, trotz aller Kritik, die sie auch hat, und sie ist sicher, dass sie auch die Interessen von kirchenfernen Personen in das Gremium einbringen kann.

Stephan *Denzler* ist der Ansicht, dass auch die vier anderen Kandidaten vorgestellt werden sollten.

Gerold *Gassmann*, Winterthur-Veltheim, stellt Walter von Arburg, Winterthur vor. Er kennt ihn gut, weil er sein Nachbar war und weil er im Lokalteil Veltheim des Kirchenboten immer wieder Artikel verfasst, Berichte schreibt, Interviews macht, die von der Basis sehr gerne gelesen werden. Er hat durch seine Mitarbeit in der Informationskommission der Kirchgemeinde die Lokalseite professionalisiert, so dass sie viel interessanter zu lesen ist. Er ist der Sohn des langjährigen Leiters des Diakonenhauses Greifensee. Er ist mit einer Pfarrerin verheiratet und Vater

von zwei kleinen Kindern. Er kann sehr gut historische Berichte umsetzen in die heutige Zeit. Er arbeitet beim Tages-Anzeiger und ist dort verantwortlich für die Lokalseiten Zürcher Oberland.

Jean E. *Bollier* stellt Wilfried Blum und Thomas Illi vor. Wilfried Blum ist der Ehemann der Synodalen Madeleine Blum aus Rüti. Er ist Diplomingenieur Maschinenbau, war Sachbearbeiter bei Alusuisse, dann in der Motor Columbus, vor allem aber während 20 Jahren Chefredaktor der «Energiewirtschaft», der Verbandszeitschrift. Er war Vorstandsmitglied des Verbandes für elektrische Strassenfahrzeuge. Jetzt führt er eine eigene Kommunikationsfirma mit Schwerpunkt Energie.

Thomas Illi, Wolfhausen, studierte Jurisprudenz an der Universität Zürich, war Redaktor verschiedener Zeitungen. Seit 1999 ist er Inhaber einer eigenen Kommunikationsagentur. Er ist auch Dozent beim NDK, Fachhochschule Nordwestschweiz für Kommunikation, seit 2006 Mitglied der Kirchenpflege Bubikon, Ressort Öffentlichkeitsarbeit und Erwachsenenbildung, und Redaktor bei der Gemeindebeilage des Kirchenboten.

Willi *Honegger* führte zwei längere Gespräche mit Philipp Zimmermann, Zürich. Der Kandidat wuchs im Kanton Bern auf, studierte Theologie in Zürich und in Montpellier. Er wurde vor zwei Jahren in der Landeskirche ordiniert, entschied sich aber, nicht in den Pfarrdienst zu gehen. Der Bereich Journalistik und Kommunikation interessierte ihn. Während kurzer Zeit war er Kommunikationsbeauftragter bei den Sieber-Werken. Jetzt arbeitet er bei Dow Chemical Horgen und ist dort zuständig für den Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Mit Jahrgang 1976 wäre Philipp Zimmermann mit Abstand der Jüngste in diesem Trägerverein.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Es gibt fünf Kandidaturen für zwei Sitze. Es liegt ein Antrag auf geheime Wahl vor. Er muss von einem Drittel der Anwesenden unterstützt werden. Die Anwesenden werden gezählt. Es sind 142 Synodale im Saal.

Dem Antrag auf geheime Wahl wird mit 86 Stimmen *zugestimmt*.

Die Stimmzähler teilen die Wahlzettel aus und ziehen sie wieder ein. Ausgezählt wird im Foyer.

Es wurden 142 Stimmzettel ausgeteilt.

Eingegangene Stimmen		284
Leere Stimmen		22
Gültige Stimmen		262
absolutes Mehr		66
Gewählt sind:	Walter von Arburg	81 Stimmen
	Brigitte Wachsmuth	73 Stimmen
Ferner haben erhalten:	Thomas Illi	52 Stimmen
	Philipp Zimmermann	42 Stimmen
	Wilfried Blum	14 Stimmen

Präsident Peter *Würmli* gratuliert den Gewählten. Er wünscht ihnen eine bereichernde Tätigkeit und dankt ihnen für ihre Bereitschaft, an diesem wichtigen Werk der Landeskirche und des Pfarrvereins mitzuarbeiten. (Applaus)

Rolf *Kühni* bedankt sich, dass diese Wahl möglich geworden ist. Der Pfarrverein wird im Moment die Verantwortung für die weiterführende Arbeit noch übernehmen. Rolf Kühni wird so bald als möglich zu einer konstituierenden Gründungsversammlung einladen.

Traktandum 4

Postulat von Martin Weibel, Zürich-Altstetten, und Mitunterzeichnenden betreffend Pluralität in der Landeskirche

Anhang

Das Postulat lautet: «Der Kirchenrat wird eingeladen, einen Bericht zur Förderung der Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen christlicher Pluralität in unserer Kirche zu erstellen».

Martin *Weibel* begründet sein Postulat mündlich:

Wir verstehen uns als eine offene Kirche, in der unterschiedliche Meinungen Platz haben. Aber leben wir Pluralität auch konsequent? Sprechen wir über ihre Grenzen? Suchen wir nach ungenutzten Möglichkeiten? Ich meine, zu wenig!

Dieses Postulat möchte die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Pluralität insbesondere in drei Bereichen fördern: Theologie, persönliche Einstellung und Strukturfragen.

Pluralität betrifft aber genauso Gottesdienste, Hilfswerke, soziales Engagement, öffentliche Stellungnahmen, kurz, alle Bereiche der Kirche.

Zwei Beispiele sollen exemplarisch zeigen, dass unser Umgang mit Pluralität verbessert werden muss.

Einerseits haben wir kein offizielles Glaubensbekenntnis. Andererseits wird «Glauben12» als «*das* reformierte Einmalseins» bezeichnet. «Glauben12» ist aber nur *ein* und nicht *das* reformierte Einmaleins. Wir haben den Gesamtkirchlichen Diensten nie eine lehramtliche Befugnis erteilt.

Auf dem Kirchenboten steht zwar, er sei «für den Kanton Zürich». Effektiv ist er nicht einmal für alle Kirchenmitglieder. Viele Meinungen und Themen finden sich nur in den Leserbriefen. Und wenn die redaktionellen Beiträge inhaltlich überzeugen, sind oft die Kommentare einseitig oder überheblich.

Diese Dinge stören zwar nicht alle. Es gilt jedoch zu bedenken, dass damit jeweils ein Teil unserer Mitglieder zurückgesetzt wird. Die Verbundenheit mit der Kirche sinkt. Statt gesammelt und gestärkt, wird zerstreut.

Neben der theologischen und persönlichen hat Pluralität auch eine strukturelle Ebene. Im Hinblick auf die Totalrevision der Kirchenordnung und die Veränderungen in der kirchlichen Presse müssen wir unbedingt darüber sprechen. Nur wenn wir wissen, welche Pluralität uns näher zu Christus und zueinander führt, können wir sie in den kommenden Sachgeschäften überzeugend umsetzen.

Eine liberale Kirchpflegepräsidentin sagte hier einmal sinngemäss: «Ich selber brauche Weite, doch ein Pfarrer ohne Klarheit ist für mich undenkbar.» So verhielt und äusserte sich auch unsere letzte, überaus beliebte Pfarrvikarin: Wir müssen gleichzeitig ganz offen und ganz klar sein. 2000 Jahre Christentum zeigen, dass nur Kirchen, die dem nachleben, langfristig gedeihen. Die lebendige Diskussion, was Pluralität theologisch, persönlich und strukturell bedeutet, trifft deshalb ins Zentrum des Kircheseins.

Entscheidend für unsere Ausstrahlung und somit für unsere Zukunft ist, ob und wie wir zu einer wahren Einheit in Liebe finden. Dafür

müssen die Möglichkeiten und Grenzen christlicher Pluralität durchdacht werden.

Allen Mitunterzeichnern und Mitdenkern danke ich ganz herzlich für den Beginn an dieser Arbeit. Und vom Kirchenrat bin ich überzeugt, dass er mit vernünftigem Aufwand einen wesentlichen Beitrag zu dieser Diskussion leisten wird.

Kirchenratspräsident Ruedi *Reich* erklärt, der Kirchenrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen. Verbindlich ist nur der Wortlaut des Postulats, nicht die Begründung des Postulanten. Ob die Diskussion über die kirchenrätliche Antwort noch vor dem Eintreten auf die Kirchenordnung geführt werden kann, ist fraglich. Der Kirchenrat macht, was er kann.

Kurt *Gautschi* fordert die Synodalen auf, das Postulat nicht zu überweisen. Es ist ein Arbeitsbeschaffungspostulat, das am Schluss keine Wirkung hat. Pluralität muss auf der Gemeindeebene und in der Kirchensynode eingeübt, sie kann nicht vom Kirchenrat verordnet werden. Es stehen viele dringendere Geschäfte an.

Erika *Elmer*, Hombrechtikon, macht darauf aufmerksam, dass der Kirchenrat sicher etwas dazu zu sagen hat, wenn er sich bereit erklärt, das Postulat anzunehmen. Sie plädiert für Überweisung.

Rudolf *Wöhrle* sieht dieses Thema als Dauerbrenner auf allen Ebenen der Kirche an. Aber er erachtet dieses Postulat als überflüssig angesichts der wichtigen Aufgaben, die zu erledigen sind.

Felix *Känzig* findet es wichtig, dass die Kirchensynode zur gegebenen Zeit über die Antwort des Kirchenrates auf dieses Postulat sprechen kann. In diesem Gremium sollte nicht nur über Finanzen und Strukturen, sondern auch über inhaltliche Themen geredet werden. Er ist froh, wenn das Postulat überwiesen wird.

Jürg *Hugelshofer*, Eglisau, unterstützt die Überweisung des Postulats. Es eröffnet endlich, nach Jahrzehnten, die Diskussion über ein grundlegendes Problem in unserer Kirche.

Das Postulat wird mit grosser Mehrheit *überwiesen*.

Traktandum 5

Postulat von Hans Ulrich Schwarzenbach, Mettmenstetten, betreffend Bauherren-Fachstelle

Anhang

Das Postulat lautet: «Der Kirchenrat wird eingeladen zu prüfen, ob im Rahmen der Gesamtkirchlichen Dienste eine Bauherren-Fachstelle zur Unterstützung der Kirchgemeinden in Bauvorhaben einzurichten sei».

Hans Ulrich *Schwarzenbach* begründet das Postulat mündlich:

Viele Synodale haben die Probleme erfahren, die entstehen, wenn gebaut wird. Auch der Kirchenrat hat beim Umbau in Kappel und an andern Orten die Schwierigkeiten erfahren. Selbstverständlich soll die Bauherren-Fachstelle auch dem Kirchenrat dienen. Man erlebt oft, dass Heimatschutz, Denkmalpflege, Feuerpolizei, Behindertenorganisationen nach dem Erteilen der Kredite noch massive Auflagen machen. Der Souverän steht vor einer schwierigen Entscheidung, ob er auch nach der Erfüllung aller Auflagen noch am Projekt interessiert ist. Für die Kirchenpflegen bestehen Rechtsunsicherheiten darüber, ob das zusätzliche Geld gebunden ist oder nicht. Es ist an der Zeit, hier vorausschauend und vorbeugend zu handeln, statt mit Überstunden und Notbehelfen Fristen einzuhalten.

Die Aufgabe dieser Bauherren-Fachstelle wäre es unter anderem, dem Kirchenrat und den Kirchenpflegen für Um- und Neubauten kirchlicher Gebäude eine Checkliste und eine Beratung zur Verfügung zu stellen und aktiv anzubieten. Der Stadtverband Zürich begleitet sämtliche Bauvorhaben durch solche Fachleute. Die Rechtsgüterabwägung geschieht weit im Voraus. Im Rathaus zum Beispiel gibt es am Geländer beim Aufgang zur Zuschauertribüne keinen SUVA- und BfU-konformen Stakettenzaun, sondern ein Acrylglas. Das ist die Abwägung von historischer Bausubstanz und Sicherheit des Gebäudes. Die Verantwortung, welche die Kirche für alle historischen Bauten trägt, rechtfertigt es, diese Fachstelle bei den Gesamtkirchlichen Diensten anzusiedeln. Sie helfen den Kirchgemeinden bereits bei der Vorbereitung des Projektierungskredits und helfen so, Kosten zu sparen. Die Landeskirche hätte als Folge von Umprojektierungen und widersprüchlichen Auflagen in den letzten Jahren Geld sparen können, wenn sie diese Fachstelle gehabt hätte.

Kirchenrätin Helen *Gucker* erklärt, der Kirchenrat habe von diesem Postulat Kenntnis genommen. Das Thema Liegenschaften ist auch im Zusammenhang mit der neuen Kirchenordnung wichtig und aktuell. Kirchliche Liegenschaften sind ein grosses Potential der Landeskirche, das sorgfältig und wirtschaftlich gepflegt werden muss. Ob eine Bauherren-Fachstelle bei den Gesamtkirchlichen Diensten die beste Lösung zur Unterstützung der Kirchgemeinden und des Kirchenrates ist, wird sich weisen. Der Kirchenrat ist bereit, sich vertieft mit der Thematik zu befassen, und nimmt das Postulat entgegen.

Viktor *Juzi*, Neerach, unterstützt das Postulat aus eigener Erfahrung heraus. Während anderthalb Jahren hatte er in seiner Kirchgemeinde frustrierende Erlebnisse mit Denkmalpflege und Heimatschutz. Aber er fragt sich, ob es in den Gesamtkirchlichen Diensten angegliedert und ob es gratis sein muss. Die Kirchenpflegen könnten einen minimalen Beitrag leisten.

Es gibt keinen Antrag auf Nichtüberweisung. Das Postulat ist *überwiesen*.

Präsident Peter *Würmli* schliesst die Synodeversammlung. Er dankt allen Anwesenden und wünscht ihnen eine gute Heimreise, eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten.

Schluss: 12.50 Uhr

Uster und Zürich, 7. Januar 2008

Die 1. Sekretärin
Elisabeth Rysler

Die Protokollführerin
Erika Egger

Vorstehendes Protokoll wurde in der Sitzung des Büros vom 24. Januar 2008 genehmigt.

Der Präsident
Peter Würmli

Der 2. Sekretär
Peter Bretscher

Anhang

Neue Trägerschaft des Kirchenboten – Antrag und Bericht des Kirchenrates

Postulat von Martin Weibel, Zürich-Altstetten, und Mitunterzeichnenden betreffend Pluralität in der Landeskirche

Postulat von Hans Ulrich Schwarzenbach, Mettmenstetten, betreffend Bauherren-Fachstelle